

## Das Gezerre um das Stromnetz wird heftiger

Von "Strohgäu Extra", aktualisiert am 07.12.2011

**Kreis Ludwigsburg Die EnBW kämpft weiter um Stromkonzessionen und ändert nach der Niederlage in Ludwigsburg ihre Strategie. Doch auch die zwei großen Stadtwerke im Kreis lassen nicht locker. Die Kommunen sind in einer komfortablen Situation.**

Von Tim Höhn

An manchen Abenden geben sie sich die Klinke in die Hand. Erst stellt der EnBW-Experte sein Modell vor. Danach werben die Vertreter der Stadtwerke für ihr Konzept. Im Anschluss kommt der Neckar-Elektrizitätsverband (NEV). Oder die Süwag. Eine Woche später ist die nächste Gemeinderatssitzung an der Reihe, in einer anderen Stadt. "Das ist wie auf einem Basar", sagt ein Stadtrat. "Sehr unübersichtlich."

Im Kreis Ludwigsburg wird ein großer Kuchen aufgeteilt. Ende 2012 laufen in fast allen Kommunen die Stromkonzessionsverträge aus. Die Städte und Gemeinden müssen entscheiden, an wen sie danach die Konzession vergeben - eine komfortable Situation. Denn wer das Stromnetz haben will, braucht die Konzession - weshalb EnBW, NEV, Süwag und die Stadtwerke derzeit um die Gunst der Kommunen buhlen. Alle wollen das Netz, weil sich damit Geld verdienen lässt.

Der Platzhirsch ist die EnBW, der bislang der weitaus größte Teil des Stromnetzes im Kreis gehört. Doch im Sommer musste der Konzern aus Karlsruhe eine erste herbe Niederlage einstecken. Ludwigsburg hat die Konzession an ein städtisches Tochterunternehmen, die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB), übertragen. Die SWLB werden das Ludwigsburger Netz - im Gespräch ist ein Kaufpreis von 30 Millionen Euro - Anfang 2013 von der EnBW übernehmen. Danach kassieren sie von allen Stromanbietern, die die Leitungen nutzen, Durchleitungsentgelte - was eine sichere Rendite verspricht. Von einer "neuen Zukunftsstrategie" spricht Oberbürgermeister Werner Spec.

Die anderen Kommunen stehen noch vor der Wahl. Sie können den Vertrag mit der EnBW oder der Süwag Energie, die noch den anderen Teil des Netzes besitzt, verlängern. Sie können Stadtwerke gründen, mit Städten kooperieren oder einem großen Verbund unter dem Dach des NEV beitreten. Was dies für die Stromkunden bedeutet, ist unklar. Ein positives Szenario: Wenn mehrere Stadtwerke in großem Stil ins Stromgeschäft einsteigen, verschärft dies den Wettbewerb - was die Preise drückt. Ein negatives: "Wird das Netz zerstückelt, führt dies zu höheren Betriebskosten - die von den Stadtwerken letztlich auf die Kunden umgelegt werden müssen", sagt Thomas Miksa, der Leiter des EnBW-Regionalzentrums Schwarzwald-Neckar.

Die EnBW kämpft um ihre Position. "Wir wollen 80 Prozent der Städte und Gemeinden für uns gewinnen", sagt Miksa. Das Unternehmen habe die richtigen Lehren aus dem Rückschlag in Ludwigsburg gezogen. Die Stadtverwaltung hatte der EnBW nach den gescheiterten Verhandlungen vorgeworfen, sie sei zu unflexibel aufgetreten, habe ihre Macht nicht teilen wollen. Neuerdings bietet der Konzern den Kommunen zahlreiche Kooperationsmodelle an -

bis hin zur Gründung von kleinen Netzgesellschaften, an denen die EnBW nur als Minderheitsgesellschafter beteiligt wäre. "Nur unter der Voraussetzung, dass wir langfristig die Betriebsführung des Netzes übernehmen können", sagt Miksa.

Viele Stadträte sehen in der EnBW indes noch immer den alten Atomkonzern. Und die Konkurrenz ist stark. Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim haben sich in zehn weiteren Gemeinden um Konzessionen beworben. "Auch wir haben sehr flexible Modelle im Angebot", sagt der Geschäftsführer Bodo Skaletz. Sogar in 40 Gemeinden sind die Stadtwerke Bietigheim-Bissingen ins Rennen gegangen. Die EnBW bleibe zwar der Hauptkonkurrent, befinde sich aber in einem "Erosionsprozess", sagt der Geschäftsführer Rainer Kübler. Auch das NEV-Modell habe stark an Attraktivität verloren. Bleiben die Stadtwerke, für die das "Stromnetz ein zunehmend wichtiges Geschäftsfeld" sei. "Viele Kommunen streben jetzt selbst nach Einfluss", sagt Kübler. "Und wir können sie über Kooperationen dabei unterstützen."

Die umworbenen Gemeinden sind nicht in Eile. "Wir schauen uns die Entwicklung in Ruhe an, und dann treffen wir eine Entscheidung", sagt der Remsecker Oberbürgermeister Karl-Heinz Schlumberger. Momentan seien alle Varianten denkbar.